

Stadt Leipzig – Hausmitteilung

von 36 AfU

über

an 66 VTA, marcel.merker@leipzig.de

z. K. 36.00, 36.01, 36.10, 36.11, 36.21,
stefanie.dorn@l.de

Eingangsvermerk

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht
E-Mail Frau Dorn
vom 10.09.2021

Mein Aktenzeichen
36.20.04 / Kü
I:\KÜHN\Vg_Stadtbezirk\Südwest\Kleinzschoc
her\Dieskaustraße zw. Brückenstr. und
Antonienstr\Entwurfsplanung LVB - Stand
08.09.2021

Telefon/Auskunft erteilt
1646/Herr Kühn
clemens.kuehn2@leipzig.de

Datum

1. 10. 2021

Dieskaustraße zwischen Brückenstraße und Antonienstraße - Entwurfsplanung LVB - Stand 08.09.2021

Aus Sicht des Amtes für Umweltschutz (AfU) bestehen keine Bedenken gegen die vorgelegte Planung. Es bestehen jedoch Anforderungen, die in der Entwurfsplanung und den weiteren Planungsschritten zu beachten sind.

Das AfU nennt Anforderungen zum Niederschlagswasser (siehe Punkt 1), zu Klimawandelanpassung/Stadtklima (s. Punkt 2) und zum Immissionsschutz (s. Punkt 3). Zu vorsorgendem Immissionsschutz/Luftreinhaltung/Verkehrslärmschutz gibt das AfU Hinweise (s. Punkt 4).

Wir verweisen auf die Zuständigkeit der Landesdirektion Sachsen als Abfallbehörde für dieses Vorhaben (s. Punkt 5). Gesetzliche Anforderungen und Hinweise zu Altlasten/Bodenschutz und Abfall werden unter den Punkten 5.2 und 5.3 aufgeführt.

Gegen die Entwurfsplanung der LVB bestehen aus naturschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken.

Zur separat eingereichten Entwurfsplanung des VTA für den Straßenbereich dieses Vorhabens ergeht eine gesonderte Hausmitteilung (HM) an das VTA.

1 Anforderungen Niederschlagswasser

Die Standorte befinden sich in keinem gemäß § 72 Abs. 2 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) festgesetzten Überschwemmungsgebiet. Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete sind ebenfalls nicht betroffen.

Die Entwässerung von Fahrbahn und Gleisbereichen erfolgt als geschlossene Entwässerung mittels Querneigungen der Fahrbahn-, Parkstell- und Gehwegsflächen in das öffentliche Netz. Die Entwässerung wird durch die Herstellung entsprechender Längs- und Querneigungen der Verkehrsflächen, regelgerechter Straßeneinläufe, Entwässerungsrinnen und Pflasterzeilen, Borde verbessert. Gleis/ Schienenentwässerung werden Gleisentwässerungskästen, insbesondere im Bereich des Gleisdreiecks vorgesehen. Der Anschluss erfolgt jeweils an den in Fahrbahnmitte verlaufenden Mischwasserkanal.

Im Bereich der Gleisschleife erfolgt die Entwässerung mittels Planumsentwässerung über Sickerrohrleitungen mit Abschlag des in Mittellage befindlichen Mischwasserkanal. Durch die Einordnung offener Baumscheiben im Bereich der Haltestellen wird die Versiegelung verringert.

Grundsätzlich ist zur Niederschlagswasserbeseitigung immer eine dezentrale Entsorgungslösung zu bevorzugen (keine Einleitung von Niederschlagswasser in die öffentliche Kanalisation). Dabei ist anfallendes Niederschlagswasser auf dem jeweiligen Grundstück zu bewirtschaften (ausreichende Speicherung, Verdunstung, Teilversickerung in geeigneter Art und Weise, flächige Versickerung).

Gemäß geotechnischem Bericht zu den Baugrund- und Tragfähigkeitsverhältnissen, Geotechnisches Ingenieurbüro Dipl.-Ing. A. Pampel GmbH vom 24.03.2021, wurden Bodenuntersuchungen in Form von Schürfen, Kleinrammbohrungen und schweren Rammsondierungen durchgeführt. Bei bestimmten Bodenproben wurden bodenmechanische Untersuchungen durchgeführt. **Die ermittelten Durchlässigkeitsbeiwerte (k_f -Werte) lassen zumindest auf eine teilweise Versickerungsfähigkeit der untersuchten Böden schließen.**

Der Einbau von Versickerungsanlagen im Bereich der Haltestellen und des Gleisdreiecks Windorfer Straße sollte erneut geprüft werden. Weiterhin sollte durch eine Neigung der Straßenbahnstationen eine Versickerung innerhalb der Baumscheiben untersucht werden.

Eine Versickerung von Niederschlagswasser würde der wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 8 WHG bedürfen.

Bei der Planung bzw. der Bemessung der Oberflächenentwässerung sind die Daten aus der Starkregengefahrenkarte im Bereich der Creuzstraße zu berücksichtigen. Laut *Sofortmaßnahmenprogramm zum Klimanotstand 2020* **ist zu prüfen, ob bepflanzte Flächen und gegebenenfalls abgesenkte Teilflächen bei Starkregenereignissen als Retentionsräume dienen können.**

Werden im Rahmen zukünftiger Baumaßnahmen Grundwasseraufschlüsse (z. B. Bohrungen, Schachtbrunnen) aufgefunden, ist die untere Wasserbehörde unverzüglich zu informieren. Es erfolgt dann die Festlegung der weiteren Verfahrensweise (Sicherung bzw. Rückbau).

2 Anforderung Klimawandelanpassung/Stadtklima

Mit Beschluss vom 30.10.2019 ist vom Leipziger Stadtrat mit Ausrufung des Klimanotstandes (VI-A-07961) das enorme Ausmaß der bereits beobachtbaren und zukünftig weiter zu erwartenden Klimaänderungen als Klimakrise anerkannt worden. Im Juli 2020 wurde daraufhin ein Sofortmaßnahmenprogramm zum Klimanotstand vom Stadtrat verabschiedet (VI-A-07961-DS-10), mit dem zeitnah umsetzbare Maßnahmen der Verwaltung entsprechend der gebotenen Dringlichkeit zu realisieren sind. Nach Maßnahme 22 sind bei Straßensanierungen Maßnahmen zu ergreifen, die die Resilienz der Stadt gegenüber Hitzeperioden und Starkregenereignissen erhöhen.

Folgende Anforderung ist daher bei o.g. Planung zu beachten. **Haltestellenbereiche der Leipziger Verkehrsbetriebe sind Hitze angepasst zu gestalten.**

An Haltestellen sind als Aufenthaltsbereiche von Personen besondere Anforderungen in Bezug auf den Hitzeschutz zu stellen. Neben den (begrünten) Fahrgastunterständen, sollte die Planung weiterer grüner Elemente geprüft werden, um ganzjährig schattige Bereich im Haltestellenbereich anzubieten. Hierzu könnten z. B. begrünte Pergolen als Ersatz für Bäume, die oft aufgrund von Leitungsbestand keinen Platz finden, dienen.

Im Rahmen des vom BMBF geförderten Projektes „HeatResilientCity“ wurden für die Stadt Dresden Elemente einer Hitze angepassten Haltestelle entwickelt, die als Beispiel dienen und für Leipzig übertragen werden können:

<http://heatresilientcity.de/umsetzung/hitzeresiliente-haltestelle/>

3 Anforderungen Immissionsschutz

Aus Sicht der Immissionsschutzbehörde bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben. Es wird darauf hingewiesen, dass die Firma TZO Leipzig GmbH, Hornstraße 5, ein Betriebsbereich nach der 12. BImSchV (Störfallverordnung) darstellt. Teile des Vorhabens liegen im Achtungsabstand der Firma.



Dieses und die nachfolgend aufgeführten Anforderungen sind in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Die Mindestabgasstandards für Bau- und Arbeitsmaschinen in Abhängigkeit von der Leistungsklasse, gemäß Luftreinhalteplan für die Stadt Leipzig Fortschreibung 2018 (Maßnahme B24), sind einzuhalten. Dies sollte bereits im Leistungsverzeichnis berücksichtigt werden.

Die Anforderungen ergeben sich aus dem Luftreinhalteplan der Stadt Leipzig zur Reduzierung der Feinstaubbelastung (PM_{10}) in Verbindung mit § 47 BImSchG. Der Luftreinhalteplan entfaltet keine unmittelbare Außenwirkung. Er bindet jedoch gemäß § 47 Abs. 6 BImSchG die zuständigen Ämter und Organisationseinheiten der Stadt Leipzig an die Umsetzung der in ihm benannten Maßnahmen.

Im Einwirkungsbereich der geplanten Baumaßnahme befinden sich schutzwürdige Nutzungen wie z. B. Wohnbebauungen. Eine Überschreitung der zulässigen Immissionsrichtwerte nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen - vom 19. August 1970 (AVV Baulärm) ist zu erwarten.

Bei der weiteren Planung sollte eine Baulärmprognose erstellt werden, um mögliche Maßnahmen zur Minderung von Immissionen auf benachbarte schutzwürdige Nutzungen treffen zu können.

Arbeiten im Nachtzeitraum von 20 Uhr bis 7 Uhr sind grundsätzlich zu vermeiden. Es wird auf die Einschränkungen gemäß § 7 Abs. 1 der 32. BImSchV sowie Ausnahmen gemäß § 7 Abs. 2 der 32. BImSchV verwiesen.

4 Vorsorgender Immissionsschutz/Luftreinhaltung/Verkehrslärmschutz

4.1 Planungshinweise

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat am 22.09.2021 ihre neuen globalen Luftgüteleitlinien veröffentlicht (<https://apps.who.int/iris/handle/10665/345329>). Die darin empfohlenen Luftqualitätswerte (AQG-Werte), oberhalb derer von erheblichen Risiken für die Gesundheit auszugehen ist, wurden deutlich verschärft.

Für den hier geplanten Abschnitt der Dieskaustraße folgt daraus, dass auch ein vollständig elektrifizierter Kraftfahrzeugverkehr den Jahresmittelwert der Zusatzbelastung durch Feinstaub PM_{2,5} und PM₁₀ bereits um bis zu 30 bzw. 40 Prozent ausschöpfen würde. Dies unterstreicht die herausragende Bedeutung des Umweltverbundes, den es zukünftig noch mehr zu fördern und damit zu stärken gilt.

Die gemäß 16. BImSchV erforderlichen Schallschutzmaßnahmen an den 65 Gebäuden (siehe schalltechnische Untersuchung, BHI-Ingenieure vom 31. August 2021) sind entsprechend umzusetzen.

In der 2. Fortschreibung des Lärmaktionsplans (Entwurfssfassung) wird **der Abschnitt der Dieskaustraße zwischen Kurt-Kresse-Straße und Antonienstraße als Lärmbrennpunkt**, den Straßenbahnverkehrslärm betreffend, ausgewiesen. Da eine Einrichtung von Rasengleis lediglich in Teilbereichen des zukünftigen Gleisdreiecks vorgesehen ist, **sollte die weitere Gleissanierung bzw. der grundhafte Ausbau in besonders lärmmindernder Bauweise erfolgen**.

4.2 Hinweise zum Erläuterungsbericht

Kap. 2.1 - Vorgeschichte der Planung, vorangegangene Untersuchungen und Verfahren

- Der Luftreinhalteplan der Stadt Leipzig sollte als tangierende Planung (siehe unten) mit aufgenommen werden.

Kap. 3.3.4 – Umweltverträglichkeit

- Die Einschätzung, dass die Umgestaltung der Dieskaustraße keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt hätte, ist nur bedingt nachvollziehbar und zumindest offen. Zur Umgestaltung zählt auch die Bauausführung, bei der erfahrungsgemäß zusätzliche staubförmige Emissionen auftreten. Darüber hinaus kann in Abhängigkeit vom Umleitungskonzept eine (vorübergehende) Mehrbelastung der Umleitungsstrecken durch den Kraftfahrzeugverkehr nicht ausgeschlossen werden. Die beiden Aspekte sollten in den Bericht aufgenommen werden.

Kap. 3.8 – Variantenübersicht für Mobilitätsstationen

- Die Einordnung von Mobilitätsstationen wird ausdrücklich begrüßt. Das Vorhaben dient der Umsetzung der Maßnahme B29 des Luftreinhalteplans.

5 Altlasten-/Bodenschutzbehörde

Zu oben genanntem Bauvorhaben verweisen wir auf die Hausmitteilungen des AfU vom 01.12.2011 und vom 16.03.2016 und den darin gegebenen Hinweisen zu Altlasten/Bodenschutz und Abfall.

5.1 Zuständigkeit

Wir verweisen auf die behördliche Zuständigkeit der Landesdirektion Sachsen. Im Vorentwurf unter Pkt. 4.11 ist die Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde als zuständige Behörde benannt. Dies ist nicht korrekt.

Gemäß der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Regelung der Zuständigkeit bei der Durchführung abfallrechtlicher und bodenschutzrechtlicher Vorschriften (ABoZuV) vom 20. Dezember 1997 (SächsGVBl. S. 2) ist die höhere Abfallbehörde, also die Landesdirektion Sachsen, zur Durchführung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes zuständig, wenn die Gebietskörperschaft (als auch Eigenbetriebe), deren untere Abfallbehörde zuständig wäre, selbst beteiligt ist.

5.2 Altlasten/Bodenschutz

Nach derzeitigem Kenntnisstand befindet sich innerhalb des angefragten Trassenabschnitts kein im Sächsischen Altlastenkataster (SALKA) registrierter Standort. Wie in der HM des AfU vom 01.12.2011 benannt, grenzen einige Altlastenstandorte an das Plangebiet.

Werden bei der weiteren Vorbereitung und bei der Durchführung der Baumaßnahme schädliche Bodenveränderungen festgestellt, die aufgrund der langjährigen verkehrstechnischen Nutzung der betreffenden Flächen und der angrenzenden Altlastenstandorte nicht ausgeschlossen werden können, ist die Landesdirektion Sachsen zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise zu informieren. Auf die Einhaltung der Regelungen des BBodSchG in Verbindung mit der BBodSchV wird hiermit hingewiesen.

Aus Sicht der Bodenschutzbehörde ergeben sich aufgrund der bestandsnahen Trassenführung keine neuen Hinweise zum Vorhaben. Eine Inanspruchnahme bisher unversiegelter Flächen ist nicht zu besorgen.

5.3 Abfall

Um die Entsorgungswege bzw. -möglichkeiten des Wiedereinbaus des bei der Maßnahme anfallenden Aufbruch-/Aushubmaterials festlegen bzw. die Kosten für die Entsorgung ermitteln zu können, wurden Baugrunduntersuchungen durch das Büro Dipl.-Ing. A. Pampel GmbH im Auftrag des Verkehrs- und Tiefbauamtes der Stadt Leipzig am 24.03.2021 durchgeführt und in einem geotechnischen Bericht zusammengefasst. Im Rahmen der Baugrunduntersuchung wurden Materialuntersuchungen insbesondere des Asphaltes, der Konstruktionsschichten als auch befestigter und unbefestigter Bereiche durchgeführt.

Die Hinweise und Vorgaben, welche sich aus dem im Gutachten enthaltenen Ausbauempfehlungen als auch aus den Abfallverwertungs- und Entsorgungshinweisen ergeben, sind zu beachten und zu dokumentieren. Zur Umsetzung dieses Konzeptes, ist, wie auch vom Gutachter und Planer vorgeschlagen, **eine fachgutachterliche Baubegleitung notwendig**, welche die Baumaßnahme dahingehend überwacht und die Ergebnisse dokumentiert. **Das Gutachten und die Dokumentation sind der zuständigen Behörde und in Kopie dem Amt für Umweltschutz zu übergeben.**

Für den Asphaltaufbruch gibt die RuVA-StB 01 Hinweise für die Probenahme und ist Grundlage für die Bewertung der Schadlosigkeit bei der Verwertung von teer-/pechhaltigem

Straßenaufbruch. Straßenausbaustoffe und Bitumengemische, die weniger als 1000 mg/kg Gesamtteergehalt oder 50 mg/kg Benzo(a)pyren aufweisen gelten als teerfrei und sind unter dem Abfallschlüssel 170302 einzustufen. Soweit dieser Wert überschritten wird, sind teer- /pechhaltige Asphaltausbaustoffe und Bitumengemische dem Abfallschlüssel 170301* (gefährlicher Abfall) zuzuordnen (gilt hier für den Bereich der MP A-13, Sch 32). Dieser Abfallschlüssel gilt auch für Asphaltausbaustoffe, die als Bindemittel ausschließlich Teer aufweisen (gilt hier für den Bereich der MP LBS-4, S- Sch 42).

Für die Wiederverwendung der belasteten Fraktion kann eine Behandlung zur Verminderung der Schadstoffbelastung durchgeführt werden. Falls dies nicht möglich ist, sind weiterführende Untersuchungen gemäß den Erweiterungskriterien der Deponieverordnung (DepV) vorzunehmen, um den Annahmekriterien auf den geeigneten Deponien zu genügen.

Weiterhin verweisen wir in Ergänzung des bisher Geschriebenen auf die Verpflichtung von Erzeuger und Besitzer von Abfällen zur Verwertung, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG). Die Verwertung von Abfällen hat Vorrang vor deren Beseitigung und hat ordnungsgemäß und schadlos zu erfolgen (KrWG, § 7 Abs. 2). Nichtkontaminierter Bauschutt ist stofflich zu verwerten und nicht als Abfall abzulagern. Die Arbeiten dürfen nur durch Fachfirmen, zugelassene Transporteure (BefErIV), Verwerter bzw. Entsorger erfolgen.

Die Vorschläge zur Entsorgung bzw. Verwertung der Ausbaumaterialien müssen vom Gutachter nach den erfolgten o. g. zusätzlichen Untersuchungen im Entsorgungskonzept überarbeitet werden. Dabei ist auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verwertungs- bzw. Entsorgungswege zu achten (NachweisVO).

Wir gehen davon aus, dass in den Ausgaben des o. g. Vorhabens die Kosten für die ordnungsgemäße Entsorgung der Rückbaumaterialien berücksichtigt werden.



Wasem
Amtsleiter

Anlage
Auszug Starkregengefahrenkarte

[illegible]

erstellt durch: Mück, Philipp
Erstellungsdatum 28.09.2021

Erstellt für Maßstab 1:10 526

© Amt für Geoinformation und Bodenordnung Nur für den Dienstgebrauch.



100 m